



Bericht

der Landesregierung

Migrationsforschung

Drucksache 16/666

Federführend ist das Innenministerium

A. Auftrag

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 24. März 2006 den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs.16/666) angenommen, in dem die Landesregierung gebeten wird, dem Landtag in der 12. Tagung einen schriftlichen Bericht über die Forschungsarbeit zur Migration in Deutschland vorzulegen. Der Bericht soll insbesondere auf die Fragestellungen eingehen, welche Forschungseinrichtungen sich in Schleswig-Holstein mit Migration befassen sowie welche Forschungsergebnisse und Untersuchungen die Landesregierung zur Grundlage der Weiterentwicklung ihres Integrationskonzepts macht bzw. machen wird.

B. Vorbemerkung

Aufgrund der Fülle der zu erhebenden Daten in der vorgegebenen Zeit und des damit verbundenen erheblichen Arbeitsaufwandes ist eine Erfassung aller gewünschten Informationen nicht möglich. Selbst eine auf Schleswig-Holstein konzentrierte Untersuchung über die Forschungsarbeit zur Migration wäre nur durch die Vergabe eines entsprechenden Auftrages an eine fachkundige wissenschaftliche Einrichtung bei entsprechender Bereitstellung von Haushaltsmitteln möglich.

C. Bericht

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach § 75 Nr. 4 Aufenthaltsgesetz die Aufgabe übertragen, wissenschaftliche Forschungen über Migrationsfragen (Begleitforschung) zu betreiben. Ziel dabei ist die Gewinnung analytischer Aussagen für die Steuerung der Zuwanderung.

Zu diesem Zweck wurde innerhalb der Behörde eine **Forschungsgruppe** eingerichtet. Die Forschungsgruppe hat drei Aufgabenfelder:

- Analyse: Die Migrations- und Integrationsprozesse in Deutschland werden beobachtet und datengestützt beschrieben.
- Evaluierung: Die Maßnahmen zur Steuerung der Migration und zur Begleitung der Integration werden bewertet.
- Beratung: Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Steuerung der Migration und Integration ein und dienen der Politikberatung.

Eine Übersicht über die Migrations- und Integrationsforschung in Deutschland bietet die vom Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZS) der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) e.V. herausgegebene Publikation "Migration und ethnische Minderheiten". Die halbjährlich in Buchform und auf CD-ROM erscheinenden Ausgaben enthalten Nachweise, die vor allem aus den beiden IZS-Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) und FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften) stammen.

Darüber hinaus erstellt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein **Forschungsmonitoring**. Mit dem Forschungsmonitoring soll ein laufender Überblick zur Migrations- und Integrationsforschung in Deutschland erstellt werden. Dazu zählen erstens die institutionellen Strukturen (beteiligte Fachdisziplinen, Personen, Institute und Netzwerke) und zweitens die Inhalte der Forschung (Themen, Projekte, Resultate). Abgedeckt werden sowohl die universitäre Forschung als auch Ressortforschungsaktivitäten von Bundesministerien.

Soweit als möglich sollen beim Forschungsmonitoring alle zentralen Bereiche der Migrations- und Integrationsforschung abgedeckt werden. In einem Überblicksbericht werden die wesentlichen Entwicklungen des Forschungsfeldes dargestellt. Dazu wird eine Zusammenfassung laufender und abgeschlossener Projekte erstellt. Ausgewählte Themenbereiche sollen zudem einer vertiefenden Untersuchung unterzogen werden. Beispiel: Beispielhaft werden folgende Forschungs- und Untersuchungsvorhaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge genannt: Forschungsbericht „Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft“ (Deutscher Beitrag zur Pilotforschungsstudie „The Impact of Immigration on Europe’s Societies“ im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks). Zu bestimmten Themen werden „state-of-the-art“-Reports verfasst, die den Stand der Forschung dokumentieren und als Grundlage für eigene Forschungsvorhaben oder die externe Vergabe von Projekten oder Expertisen dienen können. Bisherige Themen waren: Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung, Illegalität von Migranten in Deutschland, Jüdische Zuwanderer in Deutschland, Die alternde Gesellschaft.

Um die Forschung des Bundesamtes bei der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen, wurde im August 2005 **ein wissenschaftlicher Beirat** eingerichtet. Der Beirat hat die Aufgabe,

- zu Forschungskonzepten und –schwerpunkten fachliche Empfehlungen zu geben,
- in methodischen und theoretischen Fragen der Integrations- und Migrationsforschung und bei der Evaluierung der Arbeitsergebnisse das Bundesamt zu unterstützen,
- die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen gleicher und verwandter Wissensgebiete und mit der Praxis zu fördern und
- Impulse bei der Ausweisung neuer Forschungsfelder und bei der Diskussion methodischer Neuerungen zu geben.

Hinsichtlich der angeforderten Aufstellung aller Forschungseinrichtungen, die sich mit dem Thema Migration beschäftigen wird auf die Ausführungen zum Forschungsmonitoring des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge verwiesen. Beispielhaft und ohne Bewertung der Forschungsaktivitäten werden nachfolgende Institutionen genannt, die (auch) mit Migrationsforschung befasst sind:

1. Arbeitsbereich interkulturelle Erziehungswissenschaft der Freien Universität Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie, Berlin
2. Arbeitsstelle interkulturelle Bildung der Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Hamburg
3. Arbeitsstelle interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration am Wissenschaftszentrum (AKI) Berlin, Berlin
4. Arbeitsstelle Interkulturelle Pädagogik, Universität Münster, Münster
5. Arbeitsstelle Migrationsforschung an der Universität Münster, Münster
6. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
7. Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Berlin
8. Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration, Berlin
9. Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung (BIVS), Dr. Blaschke, Berlin
10. Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, Berlin
11. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg
12. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB), Wiesbaden
13. Bundesinstitut für Bildungsforschung (BIBB), Bonn

14. Canadian-European Initiative "Migration & Multicultural Lives" an der Universität Bremen, Bremen
15. Center on Migration, Citizenship and Development (COMCAD), Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Bielefeld
16. Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik (DGAP), Berlin
17. Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD), Berlin
18. Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde, Max-Planck-Institut für Ethnologische Forschung, Halle/Saale
19. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), Bonn
20. Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin
21. Deutsches Jugend Institut (DJI) e.V., München
22. Deutsches Übersee-Institut (DÜI), Hamburg
23. DGB Bildungswerk e.V. - migration online, Düsseldorf
24. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Duisburg
25. Europäisches Forum für Migrationsstudien (efms), Bamberg
26. Europäisches Migrationszentrum (EMZ), Berlin
27. European Center for Minority Issues (ECMI), Flensburg
28. Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit an der Fachhochschule Kiel, Kiel
29. Forschungsbereich Interkulturelle Pädagogik/Migrationsforschung, Duisburg
30. Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem (AWR), Höchberg
31. Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V., Universität Tübingen, Tübingen
32. Forschungsstelle für Interkulturelle Studien (FIST), Köln
33. Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel
34. Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (FOROST), München
35. Forschungszentrum für internationales und europäisches Ausländer- und Asylrecht, Universität Konstanz, Konstanz
36. Forschungszentrum Schwarzes Europa an der Universität Mainz, Mainz
37. Hochschulartenübergreifendes Kompetenzzentrum für Genderforschung und Bildungsfragen in der Informationsgesellschaft (KGBI), Pädagogische Hochschulen Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg und die Evangelische Fachhochschule Freiburg
38. Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit e.V.(IDA), Düsseldorf

39. Institut Arbeit und Technik (IAT) beim Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie, Wuppertal
40. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
41. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg
42. Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), Stuttgart
43. Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS), Offenbach
44. Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS), Universität Bielefeld, Bielefeld
45. Institut für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM), Oldenburg
46. Institut für Diaspora- und Genozidforschung, Bochum
47. Institut für Germanistik an der Universität Flensburg, Flensburg
48. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld, Bielefeld
49. Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS), Bremen
50. Institut für Migrationsforschung, Interkulturelle Pädagogik und Zweisprachendidaktik (IMAZ), Universität Duisburg-Essen
51. Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS), Osnabrück
52. Institut für Mittelstandsforschung (IFM), Universität Mannheim, Mannheim
53. Institut für Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel
54. Institut für Regional- und Migrationsforschung (IRM), Trier
55. Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. (IWG), Bonn
56. Institut zur Forschung der Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn
57. Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation und Bildung e.V., Oldenburg
58. Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES), Stadtbergen
59. Kompetenzplattform Migration, interkulturelle Bildung und Organisationsentwicklung, FH Köln, Köln
60. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Hannover
61. Kriminologische Zentralstelle e.V.: Forschungs- und Dokumentationseinrichtung des Bundes und der Länder, Wiesbaden
62. Kulturwissenschaftliches Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (KWI), Essen
63. Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel

64. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Mannheim
65. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
66. Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock
67. Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, Potsdam
68. Netzwerk Migration in Europa e.V., Berlin
69. Osteuropa-Institut (OEI), München
70. Rat für Migration e.V. (RFM)
71. Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. (RISP) an der Universität Duisburg-Essen, Duisburg
72. Südost-Institut (SOI), München
73. Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin
74. Zentrum für Antisemitismusforschung der TU-Berlin, Berlin
75. Zentrum für Türkeistudien an der Universität Gesamthochschule Essen, Essen
76. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
77. Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (HWWI), Hamburg
78. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
79. Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel
80. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen
81. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh
82. Freudenberg-Stiftung, Weinheim
83. Hertie-Stiftung, Frankfurt
84. Körber-Stiftung, Hamburg
85. Mercator Stiftung, Essen
86. Otto-Benecke-Stiftung, Bonn
87. Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart
88. Schader Stiftung, Darmstadt
89. Stiftung Interkultur, München
90. VolkswagenStiftung, Hannover
91. Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn/Berlin
92. Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam
93. Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
94. Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Berlin
95. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin
96. Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V., Berlin

97. MARPLAN Forschungsgesellschaft mbH, Offenbach

98. isoplan CONSULT - Sozioökonomische Forschung und Beratung, Zwick und Schmidt-Fink GbR, Saarbrücken

Eine Aufstellung aller Forschungs- und Untersuchungsvorhaben zum Thema Migration liegt für Schleswig-Holstein nicht vor. Hinsichtlich einer bundesweiten Aufstellung aller relevanten Forschungs- und Untersuchungsvorhaben wird auf die Ausführungen zum Forschungsmonitoring des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge verwiesen.

Beispiele laufender Forschungs- bzw. Untersuchungsvorhaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge auf dem Gebiet der Migration sind:

- Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“
- Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes auf Spätaussiedler
- Evaluierung der Integrationskurse

Für Schleswig-Holstein werden beispielhaft nachfolgende laufenden Forschungs- bzw. Untersuchungsvorhaben genannt:

- Sprachentwicklung bei zweisprachig aufwachsenden Vorschulkindern (Institut für Germanistik an der Universität Flensburg)
- Kriminalität der Spätaussiedler (Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)
- Politisierung kollektiver Identität (Institut für Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel)

Das Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein vom 4. Juni 2002 bildet den Handlungsrahmen für die Integrationspolitik der Landesregierung in den neun dort benannten Handlungsfeldern. Die fachlich für die jeweiligen integrationsrelevanten Maßnahmen zuständige Staatskanzlei und die Ministerien entwickeln in ihrer jeweiligen Zuständigkeit, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und sonstiger sich verändernder Rahmenbedingungen die einzelnen Umsetzungsschritte weiter. Hierbei werden bei Be-

darf in dem jeweils erforderlichen Umfang Forschungsergebnisse und Untersuchungen einbezogen. Die Darstellung der Ergebnisse der verwaltungsinternen Fortschreibung des Integrationskonzepts wird im Rahmen des „Sozialpolitischen Gesamtkonzepts“ in der zweiten Jahreshälfte 2006 erfolgen.

Auch bei den sonstigen integrationspolitischen Entscheidungen werden ggf. Forschungsergebnisse und Untersuchungen einbezogen. Beispiele:

- Bei der Weiterentwicklung der Städtebauförderung werden auch die Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojektes „Zuwanderer in der Stadt“ bzw. die Ergebnisse der Praxiserprobung einbezogen.
- Die soziale Wohnraumförderung basiert auf den Erkenntnissen der im Auftrag des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vom Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (Berlin) erstellten Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2020, dem Wohnungsmarktbeobachtungssystem der Investitionsbank Schleswig-Holstein und den kommunal erstellten Wohnraumversorgungskonzepten, die von unterschiedlichsten Gutachterbüros erarbeitet werden.
- Für den Bereich der Gewaltprävention ist die Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland – eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Studie gibt auch erste Anhaltspunkte zum Ausmaß der Zwangsverheiratung.